

Die Zukunft der Solidarität Der DGB – ein starker Bund seit 1949

Rede DGB-Vorsitzender Michael Sommer
Festakt 60 Jahre DGB

Berlin, 05. Oktober 2009

**Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Prof. Köhler,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
lieber Ernst Breit, lieber Dieter Schulte, liebe Sharan Burrow,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste aus dem In- und Ausland,

bei Ihnen allen bedanke ich mich im Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der in ihm vereinigten Gewerkschaften für die Glückwünsche zum 60. Geburtstag der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Wir vertreten Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Angestellten und Beamten, und dies unabhängig davon, welcher Partei sie angehören, wo sie herkommen, ob sie Mann sind oder Frau, ob religiös gebunden oder weltanschaulich geprägt.

Unser Organisationsprinzip lautet: Ein Betrieb, eine Gewerkschaft.

Und so haben sich in den vergangenen 60 Jahren unter dem Dach des DGB moderne Branchengewerkschaften zusammengeschlossen und weiterentwickelt.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den vergangenen 60 Jahren haben wir fürwahr einen großen und wichtigen Beitrag zum Aufbau unseres Landes geleistet.

Nach Faschismus und Krieg haben wir mitgeholfen, unser Land sozialer, menschlicher und damit lebenswerter zu machen und unsere Gesellschaft demokratischer und gerechter zu gestalten.

Wir haben unseren Beitrag geleistet, Deutschland wieder zu einem geachteten Teil der Völkergemeinschaft zu machen, der sich dem vereinten Europa und dem Frieden der Welt ebenso verpflichtet fühlt wie der Durchsetzung der Menschenrechte und der Achtung von Arbeitnehmerrechten.

Wir haben die Kolleginnen und Kollegen, die als Gastarbeiter zu uns gekommen sind, die vielen Migrantinnen und Migranten in den Betrieben und Unternehmen wesentlich wirkungsvoller und besser integriert, als dies unserer Gesellschaft als Ganzes gelungen ist.

Und nicht zuletzt kämpfen wir für Demokratie und Freiheit, gegen alte und neue Nazis, gegen Antisemitismus und Fremdenhass.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 29. September 1944 wurde Wilhelm Leuschner in Berlin-Plötzensee hingerichtet.
Ich erinnere an ihn stellvertretend für viele andere Männer und Frauen, auf deren Erbe wir aufbauen.

Wilhelm Leuschner ist einer der wichtigsten geistigen Gründungsväter der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung und immer noch Vorbild vieler Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Wilhelm Leuschner leistete schon in der Weimarer Republik aktiven Widerstand gegen die Nazis, als Verteidiger einer demokratischen Republik. Er war als Landesinnenminister Verfasser der hessischen Denkschrift zum Verbot der NSDAP.

Als Vertreter der deutschen Arbeiterschaft bei der Internationalen Arbeitsorganisation verteidigte er die demokratische Gewerkschaftsbewegung gegen den Machtanspruch der Nazis.

Er weigerte sich bis 1934, den Gewerkschaftssitz in dieser wichtigen internationalen Organisation der faschistischen Deutschen Arbeitsfront zu überlassen.

Er gehörte wie viele andere auch zum Kreis der gewerkschaftlichen Widerstandskämpfer gegen völkischen Wahn, Rassenhass und Krieg. Und nicht zuletzt gehörte er zum Widerstand des 20. Juli.

Am Tag vor seiner Hinrichtung appellierte Leuschner an die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Lehre aus Zersplitterung und Zerschlagung der Arbeitnehmerbewegung zu ziehen.

Er mahnte: Schafft die Einheit!

Und als sich die Männer und Frauen, die die Barbarei überlebt hatten, zum DGB-Gründungskongress im Oktober 1949 in München trafen, da machten sie Leuschners Traum wahr.

Sie schufen die Einheit.

Ihnen war gleich, ob sie früher im ADGB organisiert oder im Zentrum aktiv waren, ob sie aus den Hirsch-Dunkerschen Verbänden kamen oder aus den demokratischen Beamtenorganisationen, ob sie in Weimar noch der RGO anhängen oder Sozialdemokraten und Sozialisten waren.

Sie alle hatten ihre Lektion gelernt: Sie wussten, dass sie sich gemeinsam den Nazis wirkungsvoller hätten entgegen stellen können.

Nur geeint hätten sie die Unterjochung der Arbeiterschaft durch die Deutsche Arbeitsfront und die Durchsetzung des Führerprinzips in den Unternehmen verhindern können.

Und nur zusammen hätten sie dem verhängnisvollen Bündnis von Kapital und Faschismus machtvoll entgegentreten können.

60 Jahre später haben wir diese Lehre nicht vergessen.

Wir wissen: Nur wenn wir unsere Gegensätze überwinden, können wir unserem eigentlichen Auftrag gerecht werden. Und dieser Auftrag ist nicht mehr und nicht weniger als die sozialen, beruflichen und gesellschaftlichen Interessen der arbeitenden Menschen umfassend und wirksam zu vertreten.

Nur Einigkeit macht stark.

Nur so können wir angesichts des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit im Kampf um die materielle, soziale und gesellschaftliche Emanzipation der arbeitenden Menschen bestehen. Dass wir in diesem Kampf bestehen können, haben wir in den vergangenen 60 Jahren immer wieder bewiesen. Mal waren die ökonomischen und politischen Bedingungen besser, mal waren sie schlechter, aber immer wieder haben wir unseren Auftrag mit aufrechtem Gang erfüllt.

Und das wird auch künftig so sein und zwar dann, wenn wir gemeinsam agieren. Ich warne eindringlich davor, diese Einheit in Frage zu stellen, oder einer erneuten Zersplitterung Vorschub zu leisten.

Genauso, wie wir an unserem Organisationsprinzip festhalten, müssen wir unsere Errungenschaften verteidigen.

So haben Hans Böckler und viele andere die Mitbestimmung gegen den erbitterten Widerstand von Kapital und Regierung Anfang der 50er Jahre durchgesetzt. Die Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen hat weder der deutschen Wirtschaft geschadet noch den einzelnen Betrieben.

Im Gegenteil: Der beispiellose Aufschwung nach dem Krieg wurde erst mit der Partizipation der Arbeit möglich und dauerhaft. Unser deutsches Mitbestimmungssystem ist ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal Deutschlands in den Industrienationen.

Sie ist ein wirtschaftlicher Erfolgsfaktor und unverzichtbarer Teil einer Marktwirtschaft, die sich zu Recht sozial nennt.

Mitbestimmung ist nicht von gestern und hat sich auch im vereinten Europa nicht überlebt.

Im Gegenteil: Gerade die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus und das bisher durchaus achtbare gemeinsame Bemühen von Arbeitgebern, Regierung, Gewerkschaften und Betriebsräten, die Krise zu dämpfen, die Krisenfolgen zu überwinden und die arbeitenden Menschen vor existenzieller Not zu bewahren, sind Beleg dafür, wie wichtig die Emanzipation der Arbeitnehmerschaft und ihre gleichberechtigte Mitbestimmung sind.

Ich kann nur warnen: Wer aus Gier und Geiz jetzt auch noch ein Stück praktizierte Demokratisierung der Wirtschaft schleifen will, der zerstört das Fundament, auf dem soziale Balance und wirtschaftlicher Erfolg gleichermaßen gebaut sind.

Wir werden diese soziale, ökonomische und gesellschaftliche Errungenschaft genauso entschieden verteidigen wie die anderen Elemente unseres Sozialstaates und der sozial verfassten Marktwirtschaft.

Dieser selbstbewusste Hinweis gilt gleichermaßen für die Tarifautonomie und das Streikrecht.

Die Tarifautonomie ist unsere Kernkompetenz. Sie war, ist und bleibt Garant für unzählige Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen.

Für alle die, die immer noch nicht ihre Lektion gelernt haben, sage ich: Wer auch immer, wo auch immer und mit welchen Mitteln auch immer versucht, die Tarifautonomie und das mit ihr untrennbar verbundene Streikrecht auszuhöhlen, wird bei uns auf Granit beißen.

Vergleichbar bedeutend sind für uns die sozialen Sicherungssysteme, also die paritätisch finanzierte und selbstverwaltete Arbeitslosenversicherung, die Systeme der gesetzlichen Rente, der Unfallversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung.

Ich füge hinzu: In unserem Verständnis sind ein funktionierender öffentlicher Dienst und ein gutes öffentliches Bildungssystem, das wirklich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird, ebenso Bestandteil eines funktionierenden Sozialstaates wie die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge - von der Bahn über das Gesundheitswesen bis zur Altenpflege.

All das ist nicht zuletzt erreicht worden durch die Leistung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften in den vergangenen 60 Jahren in Deutschland.

Darauf sind wir ebenso stolz wie auf die vielen Fortschritte, die wir im betrieblichen Kampf und mittels Tarifverträgen erreichen konnten.

Vom Lohn und Gehalt zum Entgelt, von der Absicherung im Krankheitsfall, dem Rationalisierungsschutz oder der Weiterbildung, vom Urlaub und der Arbeitsplatzgestaltung bis zum Kündigungsschutz, von der Fünf-Tage-Woche bis zum 13. Monatsgehalt reicht der Katalog. Und er ließe sich noch um viele, viele Punkte ergänzen.

Spätestens seit Beginn der 80er Jahre war und ist unsere Arbeit geprägt von der Massenarbeitslosigkeit.

Ich erinnere nur an den Streik für die Wochenarbeitszeitverkürzung und die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit, an die Vereinbarungen über Vorruhestand, Altersteilzeit und an sehr, sehr viele betriebliche und tarifliche Initiativen zum Schutz vor Entlassungen und zur ökonomischen Sicherung der Unternehmen.

Auf die Phase des Aufbaus und der gesellschaftlichen Reformen folgten Erhalt und Sicherung des Erreichten.

Auch an unserer Geschichte ist nachzuvollziehen, dass die gewerkschaftliche Arbeit immer dialektisch geprägt ist:

Von Sozialpartnerschaft und Gegenmacht, von Schutz und Gestaltung, von Offensive und Verteidigung, von Erfolg und Niederlage. Übrigens auch von Versagen.

Auch heute will ich nicht verschweigen, dass zu unserer Geschichte auch die Neue-Heimat-Krise gehört. Und damit der Niedergang der Gemeinwirtschaft.

Vielfach werden ja Erfolge hochgejubelt und Niederlagen schamhaft bemäntelt.

Das haben wir nicht nötig. Wir haben uns den Problemen gestellt. Und wir haben sie meistens gelöst.

Ich füge hinzu: In den vergangenen 60 Jahren haben wir viel erreicht, aber wir mussten auch schmerzhaft Kompromisse machen - und Niederlagen einstecken.

Wir wurden verunglimpft und diffamiert.

Wir wurden als Dinosaurier des Industriezeitalters abgeschrieben. Andere wollten uns als ewig Gestrige politisch beerdigen.

Es hat nicht funktioniert. Um den Titel eines deutschen Nachkriegsfilmes zu zitieren: Hurrah, wir leben noch!

Weniger ironisch formuliert: Wir wussten immer, Solidarität hat Zukunft. Und ohne organisierte Solidarität, ohne Gewerkschaft kann es keine gute Zukunft für arbeitende Menschen geben.

Sicher: wir haben nicht zuletzt in Folge der Massenarbeitslosigkeit seit Anfang der 80er Jahre viele Mitglieder verloren, aber wir haben die Trendwende eingeleitet.

Sicher: wir sind in Großbetrieben besser vertreten als im Friseurladen um die Ecke.

Sicher: unsere Bindekraft in den klassischen Industriebereichen ist wesentlich höher als in manchen modernen Branchen des Internet-Zeitalters.

Sicher: auch bei uns sind noch wesentlich mehr Männer als Frauen in Führungspositionen, und das Thema gleicher Lohn für gleiche Arbeit bleibt auf der Tagesordnung – für Männer und Frauen, für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Sicher: auch wir unternehmen viel Anstrengungen, für junge Menschen attraktiver zu werden.

Sicher: Auch wir müssen zusätzlich Antworten auf die stetig wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors und der Veränderung der Wirtschaftsstruktur finden.

Nicht zuletzt was die Verteilung von Einkommen und Vermögen angeht, sind wir in den vergangenen Jahrzehnten nicht wesentlich voran gekommen.

Verteilungsgerechtigkeit herzustellen bleibt ein Ziel, an dem wir festhalten.

Aber niemand täusche sich.

Es gehört zum Wesen von Gewerkschaften, dass wir immer dann, wenn wir Probleme benennen, zugleich damit beginnen, sie zu lösen.

Das war in der Vergangenheit so und das wird auch künftig so sein.

Denn Solidarität hat Zukunft.

In den vergangenen 60 Jahren haben sich der DGB und seine Gewerkschaften verändert.

Waren wir bei unserer Gründung

16 Gewerkschaften, die Gewerkschaft der Polizei kam später dazu, so ist der DGB heute nach vielen Fusionen der Bund von acht Mitgliedsgewerkschaften.

Und mit der Gründung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft im Jahr 2001 wurde ein schwerwiegender Mangel der Gründungsphase - nämlich die Abspaltung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft von der Deutschen Gewerkschaftsbewegung - behoben.

Dies zeigt, dass wir auch organisationspolitisch auf der Höhe der Zeit geblieben sind und bleiben müssen - das gilt übrigens auch für die innere Organisation des Dachverbandes selbst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

dieser Tag ist ein stolzer Tag für die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Bei unserer heutigen Feier wollen wir nicht vergessen, dass die deutsche Teilung auch uns stark belastet hat.

Es waren glückliche Stunden, als vor fast genau 20 Jahren die Mauer fiel und wir binnen eines Jahres die Gewerkschaftseinheit organisieren und praktizieren konnten.

Dabei war immer klar:

Wer sich schuldig gemacht hatte, muss dafür gerade stehen.

Aber bei uns hat es in keiner Sekunde

seit der Einheit Gewerkschaftsmitglieder erster und zweiter Klasse gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste,

wir fühlen uns geehrt durch Ihre Anwesenheit, ist sie doch auch ein Zeichen für die Bedeutung der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen aus Europa und vielen anderen Teilen der Welt nach Berlin gekommen sind.

Hier wird in den nächsten Tagen der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagen.

Wir repräsentieren gemeinsam Gewerkschaftsorganisationen in mehr als 160 Staaten dieser Erde.

Wir sind zuversichtlich, dass die Idee der freien, demokratisch verfassten und unabhängigen Gewerkschaften auch in den wenigen Ländern dieser Erde Fuß fassen wird, in denen (dezent gesagt) Arbeitnehmerorganisationen heute noch in einer anderen Beziehung zu Staat und Arbeitgebern stehen als freie Gewerkschaften.

Dass die freie Gewerkschaftsbewegung in der Welt an Stärke und Bedeutung gewonnen hat, hat nicht zuletzt unser Auftreten beim G20-Gipfel in Pittsburgh vor wenigen Tagen gezeigt.

Nun wird es darauf ankommen, die gemeinsamen Positionen durchzusetzen

- zur wirksamen Regulierung der Finanzmärkte,
- zu einer einheitlichen weltweit gültigen Finanz-Transaktionssteuer
- zur Bekämpfung der drohenden globalen Beschäftigungskrise
- und vor allem für menschenwürdige Arbeit überall in der Welt.

Es freut mich sagen zu können: Der DGB hat in den vergangenen 60 Jahren einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet, die Gewerkschaftsbewegung in der Welt zu einen und sie schlagkräftiger zu machen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir, der DGB und seine Gewerkschaften, blicken selbstbewusst auf unsere Geschichte seit der Befreiung vom Faschismus zurück.

Jede Gewerkschaft hat auf ihre Weise und entsprechend der Herausforderungen ihres Organisationsbereiches Großes geleistet für die wirkungsvolle Wahrnehmung der Mitgliederinteressen und die Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation aller abhängig Beschäftigten in diesem Land.

Es gilt als Grundweisheit, dass man nur dann so bleibt, wie man ist, wenn man sich ändert.

Dabei wird oftmals Modernität mit Modernismus verwechselt.

Veränderungen sind niemals Selbstzweck.

Denn auch dies gilt: Man bleibt nur so, wie man ist, wenn sich nicht alles ändert.

Man muss nur bereit sein, sich ehrlich zu fragen, ob man noch auf der Höhe der Zeit ist.

Und deshalb sage ich: Wir werden sehr prinzipielle Formen und Mittel unserer Arbeit nicht ändern.

Weder wird sich die Bedeutung der Betriebsarbeit für die Mitgliederbindung ändern, noch lassen wir an unseren Kernkompetenzen rütteln, also der Tarifpolitik und der Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen.

Im Übrigen, es bleibt dabei, wir haben ein grundsätzlich positives Verhältnis zum technischen Fortschritt, zum Industriestandort Deutschland, aber auch zur Notwendigkeit, Arbeit und Umwelt wesentlich enger zu verzahnen.

In anderen Bereichen aber mussten und müssen wir aufgrund der Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch bei Arbeitgebern und ihren Verbänden, unsere Forderungen und Strategien ergänzen.

Ich erinnere beispielhaft an die Notwendigkeit, die Tarifautonomie dort, wo sie nicht greift, durch Mindestlöhne, einen gesetzlichen Mindestlohn zu flankieren, um Armutslöhne in Deutschland abzuschaffen.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund
versteht sich als gesellschaftlicher Motor, als Bündnispartner für Demokratie, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt.

Wir sind der politische und der gesellschaftliche Arm der deutschen Gewerkschaften.

Als solcher sind wir Partner von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen, von Glaubensgemeinschaften und Sozialverbänden,
von außerparlamentarischen Bewegungen und Nicht-Regierungsorganisationen.
Wir bringen Arbeitnehmerinteressen auf jeder Ebene des Staates ein - ob in den Städten und Gemeinden, bei Länderregierungen und Parlamenten oder im Bund.

Überall prägt uns das gleiche Selbstverständnis. Wir sind von Parteien, Arbeitgebern und vom Staat unabhängig. Wir wollen mit jeder demokratisch gewählten Regierung konstruktiv zusammen arbeiten. Das aber heißt mitnichten, dass wir jede Politik mittragen.

Unsere Messlatte sind allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ihr Wohlergehen, ihre Wünsche und Hoffnungen, ihre Interessen.

Deshalb wollen und werden wir uns niemals mit einer von uns für falsch gehaltenen Politik abfinden.

Das gilt für jeden und jede, die dieses Land regiert.

Nach 60 Jahren neuerer Gewerkschaftsgeschichte blicken wir mit Realitätssinn, aber auch Zuversicht in die Zukunft. Denn eins bleibt gewiss. Die Gewerkschaften und ihr DGB sind das stärkste, was die Schwachen haben.